

Die Sitzung ist öffentlich.

Sitzungsort: Harres Sport- und Kulturzentrum, Großer Saal

Anwesend waren:

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Eger

Gemeinderäte: Albert Erwin-Peter Köck Siegfried
Back Udo Krenzke Marina
Dittmann Rouven Rehorst Tobias
Geider Adolf Ronellenfitsch Andrea
Grün Klaus
Haffner Gerhard Schell Achim
Heger Rudi Speckert Ferdinand
Heger Roman Thome Manuel
Herling Michael Vetter Theo
Klemenz Birgit Weis Torsten
Knopf Norbert Dr. Werner Wolfgang
Kamuf Carsten (ab TOP 7)

Protokollführer: Elke Ott

Gäste: Werner Kleiber, Peter Dietz, Manfred Back, Ulrika Lawinger-Erhard

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr

Sitzungsende: 21.15 Uhr

Die Sitzung wird von dem Vorsitzenden mit der Feststellung eröffnet, dass die Damen und Herren Gemeinderäte mit Schreiben vom 21.09.2015 ordnungsgemäß geladen wurden. Von den 22 geladenen Mitgliedern des Gemeinderates sind 21 erschienen. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Es fehlen entschuldigt: Gemeinderat Gerhard Haffner

Es fehlen unentschuldigt: keine

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist **Bürgermeister Dr. Eger** darauf hin, dass Bild- und Tonaufnahmen während der Sitzung nicht erlaubt sind. Außerdem weist er darauf hin, dass Missfallens- oder Zustimmungsbekundungen von Zuschauern ebenfalls nicht zulässig sind.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 1
Bekanntgabe der am 28. Juli 2015 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse	
Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 28. Juli 2015	-022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Das öffentliche Sitzungsprotokoll vom 28.07.2015 hat offen gelegen.

Bürgermeister Dr. Eger gibt die in der Sitzung vom 28.07.2015 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse bekannt:

- Verkauf eines Grundstückes zum Bau eines Ärztehauses
- Tausch eines Grundstückes zur Erweiterung eines Discounters
- Erwerb eines Grundstückes im Sanierungsgebiet zur Anlegung von Parkflächen
- Einstellung eines Mitarbeiters für die Erholungsanlage St. Leoner See
- Einstellung einer Reinigungskraft für die Erholungsanlage St. Leoner See

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 2
Bestellung von Urkundspersonen	-022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Turnusgemäß werden Herr Gemeinderat Dr. Wolfgang Werner und Herr Gemeinderat Erwin-Peter Albert als Urkundspersonen vorgeschlagen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 3
Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung	- 022.3-

Ausführungen und Beschluss:

Herr Gerd Schmidt, Kronauer Straße 56, stellt die Frage, wo die Gemeinde die zu erwartenden Flüchtlinge unterbringen möchte. Er ist der Meinung, dass es sehr schade ist, dass diese Frage überhaupt im Rahmen dieser Sitzung gestellt werden muss. Er bittet die Bevölkerung und den Gemeinderat sich auf die christlichen Werte zu besinnen. Er bittet den Gemeinderat, die Standortfrage nicht erneut zu diskutieren, sondern an dem Beschluss vom 07.07.2015 festzuhalten.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die Frage der Unterbringung in den folgenden Tagesordnungspunkten geklärt werden soll. Er erklärt aber auch, dass die Gemeinde zur Zeit keinerlei genaue Zahlen über die in der Gemeinde unterzubringenden Flüchtlinge hat. Daher ist es kaum möglich, ein Gesamtkonzept zur Unterbringung von Flüchtlingen zu erstellen, sondern die Unterbringung ist ein dauerhaft fließender Prozess und wird mit Sicherheit an mehreren verschiedenen Standorten in der Gemeinde erfolgen.

Frau Ute von Hahn, Am Kolbenacker 3 a, erklärt, dass sie Mitglied der Grünen sowie der Bürgerinitiative Asyl ist und heute als Bürgerin der Gemeinde einige Anregungen vorbringen möchte. Sie bittet zum Ersten, rechtzeitig klare Konzepte auf den Weg zu bringen, zum Zweiten um Transparenz und offene Kommunikation und äußert Drittens den Wunsch, dass St. Leon-Rot ein Ort sein soll, der gemeinsam Menschen in Not willkommen heißt.

Zu Punkt 1 erläutert sie, dass es an der Zeit ist, bei Verwaltung und Gemeinderat ein Umdenken herbeizuführen, da bereits im Januar klar war, dass das Thema Asyl auf die Gemeinde zukommen wird und lange nichts getan wurde.

Zu Punkt 2 ist sie der Meinung, dass die Bürger von St. Leon-Rot ein Recht auf umfassende und frühzeitige Information und auf transparente Entscheidungsprozesse haben. Deshalb sollte ein so wichtiges Thema wie die Flüchtlingsunterbringung nicht in nicht-öffentlicher Sitzung beraten werden. Sie schlägt deshalb auch vor, Sitzungsvorlagen vor der Sitzung auf der Homepage der Gemeinde St. Leon-Rot zu veröffentlichen.

Zu Punkt 3 bittet sie, eingehend Ortsteilinteressen bei den Entscheidungen im Gemeinderat außen vor zulassen und klar als ein Ort aufzutreten.

Bürgermeister Dr. Eger weist Frau von Hahn darauf hin, dass die Bürger in diesem Tagesordnungspunkt keine allgemeinen Stellungnahmen abgeben dürfen, sondern lediglich Wünsche und Anfragen äußern können.

Frau Ute von Hahn beendet ihre Ausführungen mit dem Wunsch, eine vernünftige Lösung zu finden für eine Herausforderung, die unsere Gemeinde und auch alle anderen Gemeinden in Deutschland zu meistern haben.

Bürgermeister Dr. Eger stimmt Frau von Hahn insoweit zu, dass die Flüchtlingsunterbringung alle Gemeinden in Deutschland betrifft. Daher hat er die Erwartung, dass die Gemeinden nicht vollständig alleine gelassen werden und eigene Konzepte erstellen müssen, sondern, dass von Seiten der Bundesregierung Konzepte als Handreichung für die Gemeinden erstellt werden würden. Die Gemeinde ist sich natürlich ihrer Verantwortung bewusst und wird sich, mit allen zur Verfügung stehenden Kräften, für die Bewältigung der großen Herausforderung einsetzen. Zum Thema Transparenz erklärt er, dass der Verwaltung bis Anfang September von offizieller Seite lediglich die Zahl von 26 aufzunehmenden Personen für das Jahr 2015 bekannt war. Diese Zahl wurde kommuniziert und würde die Gemeinde auch nicht vor unlösbare Herausforderungen stellen. Aufgrund dessen stand das Thema Flüchtlingsunterbringung erstmals im März in diesem Jahr auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Dies wird später noch näher erläutert werden.

Herr Dietmar Haupenthal, Walldorfer Straße, fragt nach dem „Wie“. Wie soll erreicht werden, dass die in St. Leon-Rot stark vorhandene Hilfsbereitschaft erhalten bleibt und die Bürgerinitiative Asyl nicht gebremst wird, sondern sinnvoll tätig werden kann. Er wünscht sich von der Verwaltung Konzepte für die aufzunehmenden Flüchtlinge, um sie in die Gemeinde zu integrieren und ihnen eine Zukunftsperspektive zu geben. Er fordert die Bürger zum Engagement für die Flüchtlinge auf und führt aus, welche Projekte die Bürgerinitiative Asyl bereits angegangen ist und noch umsetzen möchte.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass der erste Schritt zur Integration der Flüchtlinge auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Gemeinderats steht, nämlich die Unterbringung der Flüchtlinge in der Gemeinde. Wenn diese Unterbringung geregelt und gewährleistet ist, kann darauf aufgebaut werden und Schritt für Schritt vorangegangen werden.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 4
Ausscheiden von Gemeinderat Gerhard Haffner aus dem Gemeinderat	- 022.19 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat stellt auf Grund § 31 in Verbindung mit § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg fest, dass Gemeinderat Gerhard Haffner aus dem Gemeinderat ausscheidet, weil ein wichtiger Grund vorliegt.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 5
Nachrücken in den Gemeinderat	
- Ablehnung aus wichtigem Grund	
- Prüfung auf eventuell angegebene Hinderungsgründe	- 022.19 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgende einstimmige Beschlüsse:

- a) Der Gemeinderat stellt nach § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg fest, dass Herr Walter Götzmann die ehrenamtliche Tätigkeit ablehnen kann, weil ein wichtiger Grund vorliegt.
- b) Der Gemeinderat stellt nach § 16 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg fest, dass Herr Horst Knopf die ehrenamtliche Tätigkeit ablehnen kann, weil ein wichtiger Grund vorliegt.
- c) Der Gemeinderat stellt fest, dass dem Eintritt von Herrn Carsten Kamuf in den Gemeinderat keine Hinderungsgründe nach § 29 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg entgegenstehen.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 6
Nachrücken von Herrn Carsten Kamuf in den Gemeinderat; Verpflichtung	- 022.139 -

Ausführungen und Beschluss:

Herr Carsten Kamuf spricht die von Bürgermeister Dr. Eger vorgeschene Formel nach, die der Bürgermeister durch einen Handschlag bekräftigt. Er beglückwünscht Herrn Carsten Kamuf und wünscht ihm viel Freude bei der Ausübung des Amtes.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 7
Besetzung gemeinderätlicher Gremien	- 022.19 -

Ausführungen und Beschluss:

Frau Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Im Wege der Einigung beschließt der Gemeinderat folgende Neubesetzung der Gremien:

Ausschuss für Umwelt und Technik

Ordentliches Mitglied: **GR Carsten Kamuf** Stellvertretende Mitglieder: GR Roman Heger
GR Andrea Ronellenfitsch
GR Achim Schell

Ausschuss für Finanzen und Betriebe

Ordentliches Mitglied: GR Roman Heger Stellvertretende Mitglieder: **GR Carsten Kamuf**
GR Andrea Ronellenfitsch
GR Achim Schell

Umlegungsausschuss

Ordentliches Mitglied: **GR Carsten Kamuf**

Stellvertretende Mitglieder: GR Roman Heger
GR Andrea Ronellenfitsch
GR Achim Schell

Aufsichtsrat Veranstaltungs-GmbH „Harres“

Mitglied: : **GR Roman Heger**

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 8

Neubesetzung des Kuratoriums für die Kindergärten

Ausführungen und Beschluss:

Frau Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Sie ergänzt, dass die Fraktionen bzw. Gruppierungen folgende Personen als Mitglieder des Kindergartenkuratoriums vorgeschlagen haben:

Freie Wähler:	Tobias Rehorst
FDP/SPD:	Michael Herling
Union – Alternative für St. Leon-Rot:	Sina Ronellenfitsch
CDU	Benjamin Speckert
Junge Liste:	Rouven Dittmann
Grüne:	Norbert Knopf

Gemeinderat Siegfried Köck stellt fest, dass im Kindergartenkuratorium sehr wichtige Entscheidungen für die Gemeinde vorberaten werden und deshalb dort unbedingt alle Fraktionen und Gruppierungen des Gemeinderates vertreten sein sollten. Er bedankt sich bei allen Gemeinderäten und der Seelsorgeeinheit für die Unterstützung des ursprünglich von den Freien Wählern gestellten Antrags.

Der Gemeinderat beschließt im Wege der Einigung folgende Personen als Vertreter der Gemeinde in das Kuratorium für die Kindergärten zu entsenden (Gemeinderat Udo Back befand sich bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal):

ordentliche Mitglieder

**Tobias Rehorst
Michael Herling
Sina Ronellenfitsch
Benjamin Speckert
Rouven Dittmann
Norbert Knopf**

stellvertretende Mitglieder

**Adolf Geider, Theo Vetter, Siegfried Köck, Anneliese Runde
Klaus Grün, Torsten Weis, Rudi Heger, Dr. Wolfgang Werner
Achim Schell, Andrea Ronellenfitsch, Roman Heger, Carsten Kamuf
Birgit Klemenz, Ferdinand Speckert, Udo Back
Manuel Thome, Erwin-Peter Albert
Marina Krenzke**

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 9

Unterbringung von Flüchtlingen und Obdachlosen

hier: Bürgerantrag nach § 20 b GemO

- a) Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerantrags
b) Behandlung des Bürgerantrags, Anhörung der Antragsteller,
Beschlussfassung**

- 103.54.1 –

Ausführungen und Beschluss:

Frau Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage und informiert die anwesenden Bürgerinnen und Bürger über die zum Thema bisher in den Gemeinderatssitzungen im März, im Juni sowie im Juli stattgefundenen Beratungen und Beschlussfassungen. Sie informiert ebenso über die bisher von der Verwaltung vorgeschlagenen und vom Gemeinderat diskutierten Standorte einer Flüchtlingsunterbringung (Standort A im neuen Gewerbegebiet „Schiff II“, Standort B links neben dem neuen Hallenbad, Standort C bei den Vereinsanlagen, Standort D hinter dem TSV-Gelände). Sie erklärt, dass die Standorte C und D (bei den Vereinsanlagen St. Leon und hinter dem TSV-Gelände) bei der Beschlussfassung in der Juli-Sitzung aufgrund der

abgelegeneren Lage, die einer Integration der Flüchtlinge in der Gemeinde eher entgegensteht, von der Verwaltung nicht mehr ins Gespräch gebracht wurden. Anschließend stellt sie die in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 07.07.2015 gefassten Beschlüsse vor.

Zur aktuellen Situation ergänzt **Frau Elke Ott**, dass der Rhein-Neckar-Kreis allen kreisangehörigen Gemeinden Anfang September mitteilte, dass die bisher prognostizierte Zahl für die Anschlussunterbringung in den Gemeinden mindestens auf das Drei- bis Vierfache ansteigen werde.

a) Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerantrags

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der am 23.07.2015 eingegangene Bürgerantrag nach § 20b GemO gegen die vom Gemeinderat am 07.07.2015 beschlossene Entscheidung zum Standort und Bau einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber und Flüchtlinge im geplanten Gewerbegebiet „Schiff II“ ist zulässig.

b) Behandlung des Bürgerantrages, Anhörung der Antragssteller, Beschlussfassung

Bürgermeister Dr. Eger bittet nun den Sprecher des Bürgerantrages seine Stellungnahme und Begründung zum Bürgerantrag abzugeben.

Herr Marco Feindler, Cranachring 27, gibt als Sprecher des Bürgerantrages die Begründung zur Sache ab. Er erklärt, dass sich der Bürgerantrag nicht grundsätzlich gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in der Gemeinde, sondern gegen den plötzlichen nicht in der Gemeinde vorher kommunizierten Beschluss über den Standort der Unterbringung richtet. Ihm fehlt ein Konzept, das das Gesamthema Flüchtlingsunterbringung in der Gemeinde behandelt. Er bemängelt, dass in der Sitzung am 07.07.2015 nur über zwei Standorte und nicht über weitere Standorte beschlossen würde. Der vom Gemeinderat beschlossene Standort ist nicht akzeptabel, da er für eine Flüchtlingsunterkunft in dieser Größenordnung zu nahe am bestehenden Wohngebiet liegt und zwangsläufig zu Konflikten und Problemen mit dem nahen Wohngebiet führen wird. Die Nähe zur bestehenden Wohnbebauung kann nicht akzeptiert werden. Integration kann nur erfolgreich sein, wenn ein solcher Standort von den Anwohnern und Bürgerinnen und Bürger akzeptiert wird. Die Forderung des Bürgerantrages lautet also, das Thema erneut zu diskutieren und andere Standorte einzubeziehen, auch deshalb, weil sich die Ereignisse zwischenzeitlich überschlagen haben und sowieso mehrere Unterkünfte erforderlich sind. Er bemängelt die bisher schlechte Kommunikation und Diskussion über das Thema mit den Bürgerinnen und Bürgern. Abschließend bittet er den Gemeinderat darum, neu über den Standort zu entscheiden, damit alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde damit leben können und eine Integration der dort in Zukunft lebenden Flüchtlinge möglich ist.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass das Konzept der Gemeinde ist, eine möglichst dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge auf mehrere Objekte, verteilt über das ganze Gemeindegebiet, zu erreichen. Die Unterbringung in der Erstaufnahme erfolgt in bedeutend größeren Einheiten. Anfänglich sah es danach aus, als ob es kaum Möglichkeiten des Erwerbs oder der Anmietung von Bestandsimmobilien in der Gemeinde gebe. Zwischenzeitlich wurden der Gemeinde einige Objekte angeboten, so dass er zuversichtlich ist, dass das Konzept der dezentralen Unterbringung umgesetzt werden kann. Er macht deutlich, dass die Gemeinde daher Objekte kaufen und mieten werde, die in verschiedenen Wohngebieten der Gemeinde liegen. Nachbarn und Anlieger haben keinen Anspruch darüber befragt zu werden. Die Unterbringung wird nicht nur in Randbereichen sondern auch in Wohngebieten erfolgen. Natürlich wird die Gemeinde mit entsprechendem Personal auch Ansprechpartner für die Nachbarn und Anlieger zur Verfügung stellen. Dies soll im späteren Tagesordnungspunkt beschlossen werden.

Zur Frage, warum bisher keine Bürgerinformation oder Bürgerversammlung zum Thema durchgeführt wurde, erklärt **Bürgermeister Dr. Eger**, dass in diesem Jahr bisher der Gemeinde nur 8 Personen zugewiesen wurden. Ebenso gibt es keine Gemeinschaftsunterkunft in einer Gewerbehalle oder Sporthalle des Landes oder des Kreises. Deshalb wurde bisher keine Notwendigkeit gesehen, die Bürger zu informieren über etwas was in der Gemeinde noch gar nicht angekommen ist.

Bürgermeister Dr. Eger schlägt zum in der Vorlage genannten Beschlussvorschlag folgenden Kompromiss vor. Die geplante Unterkunft könnte, nicht wie im Juli beschlossen im östlichen Bereich des neuen Gewerbegebietes „Im Schiff II“ direkt hinter dem bestehenden Wall erstellt werden, sondern könnte weiter Richtung Mitte des Gebietes ungefähr hinter den bestehenden Rewe-Markt verlagert werden. Jedoch sollte aufgrund der aktuell zu erwartenden höheren Zahl der Flüchtlinge in der Anschlussunterbringung der Gemeinde die Größe der zu bauenden Unterkunft auf 38 Plätze erhöht werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

1. Der Bau einer Einrichtung für die Unterbringung von Flüchtlingen soll im neuen Gewerbegebiet „Schiff II“ erfolgen.
2. Die Unterkunft soll im mittleren Bereich des neuen Gewerbegebietes „Schiff II“ (hinter dem REWE-Markt) erstellt werden.
3. Die Flüchtlingseinrichtung soll für maximal 38 Personen ausgelegt werden.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt für die Flüchtlingsunterkunft einen Bauantrag zu stellen, die Leistungen auszuschreiben und die Maßnahme durchzuführen. Die Flüchtlingsunterkunft soll in Modular- bzw. Systembauweise erstellt werden. Sie soll eine ansprechende Fassadengestaltung erhalten. Sie soll einen Gemeinschaftsraum und einen Lagerraum erhalten. Das Außengelände ist ansprechend zu gestalten. Die dazu erforderlichen Mittel werden überplanmäßig genehmigt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen für einen weiteren Standort zu prüfen und entsprechende Kosten zu ermitteln.

Bürgermeister Dr. Eger ergänzt für den Gemeinderat die Information, dass für die Unterbringung und Sortierung von Spenden für die Flüchtlinge ein größerer Lagerraum bzw. Lagerhalle auf dem Gelände positioniert werden soll.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö
Flüchtlingsunterbringung

Tagesordnungspunkt: 10
- 103.54.1 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss (Gemeinderat Manuel Thome war während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal).

1. Dem Antrag der Fraktion der Freien Wähler wird zugestimmt.
2. Entsprechend dem Ziel des Gemeinderates, die Flüchtlinge möglichst dezentral unterzubringen, wird die Verwaltung beauftragt, geeignete Objekte zu kaufen bzw. anzumieten. Die hierfür notwendigen Mittel werden überplanmäßig genehmigt.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö
Einstellung von Personal zur Flüchtlingsbetreuung

Tagesordnungspunkt: 11

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage. Er ergänzt, dass die Gemeinde versuchen wird, über das Programm „Integrationsbeauftragter“ Fördermittel zu erhalten.

Gemeinderat Tobias Rehorst unterstützt die Beschlussvorlage. Die neuen Mitarbeiter sollen ehrenamtliche Helfer und Verwaltung verknüpfen und auch Ansprechpartner für die Anwohner und Anlieger der Unterkünfte sein. Er hofft, dass es möglich ist, auf dem Arbeitsmarkt passendes Personal zu finden. Falls dies nicht sofort gelingt, regt er an, evtl. ehrenamtliche Personen übergangsweise mit diesen Aufgaben zu betrauen.

Gemeinderat Michael Herling erklärt, dass der Betreuungsschlüssel beim Kreis vor einigen Wochen von 1:200 auf 1:120 gesenkt wurde. Deshalb sieht er eine Stelle für soziale Betreuung nicht als ausreichend an und stellt den Antrag, hierfür zwei Vollzeitstellen vorzusehen.

Für **Gemeinderat Achim Schell** steht es außer Frage, dass Personal zur Bewältigung der Aufgaben gebraucht wird. Professionelle Hilfe ist erforderlich. Er ist der Meinung, dass momentan jeweils eine Vollzeitstelle ausreichend ist und signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Falls die Anzahl der Flüchtlinge in der Gemeinde dann weiter ansteigt, können gerne zukünftig zwei Stellen vorgesehen werden.

Gemeinderat Ferdinand Speckert sieht die Sache ähnlich wie sein Vorredner. Es sollte mit zwei Vollzeitstellen gestartet werden. Eine Stelle für soziale Betreuung und eine Hausmeisterstelle. Er bringt noch einen weiteren Gesichtspunkt in die Diskussion, in dem er anregt, einen weiteren Gemeindevollzugsbeamten einzustellen, da die Landespolizei bei der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit langsam an die Grenzen der Machbarkeit stößt. Er ist daher der Meinung, dass der Polizeivollzugsdienst mit einer Stelle nicht mehr ausrei-

chend besetzt ist. Er signalisiert Zustimmung zum Beschlussvorschlag, bittet aber die Verwaltung, um Prüfung und rechtzeitige Aufstockung der Stelle des Gemeindevollzugsdienstes.

Gemeinderat Michael Herling sieht Probleme darin, Personal für soziale Betreuung zu bekommen und bittet daher von Anfang an zwei Stellen zu schaffen, bevor keine Sozialarbeiter mehr auf dem Stellenmarkt verfügbar sind. Er ergänzt, dass die FDP/SPD-Fraktion in der Vergangenheit bereits einen Antrag auf Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes gestellt hat und unterstützt daher die Anregung von Gemeinderat Ferdinand Speckert.

Gemeinderätin Marina Krenzke bedankt sich über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes in die Sitzung. Sie ist der Meinung, es sollte mit zwei Vollzeitstellen, eine für soziale Betreuung, eine für Hausmeistertätigkeit gestartet werden. Die Stellen sollten dann aufgestockt werden, wenn es erforderlich wird. Ebenso unterstützt sie die Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes.

Gemeinderat Rouven Dittmann schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin sowie den Ausführungen von Gemeinderat Ferdinand Speckert an.

Bürgermeister Dr. Eger stellt nun folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Flüchtlingsbetreuung maximal 2 Vollzeitstellen zur sozialen Betreuung auszuschreiben. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2016 bereitzustellen und die Stellen in den Stellenplan aufzunehmen.

Der Gemeinderat lehnt diesen Beschlussvorschlag mit 9-Ja-Stimmen, 12-Gegenstimmen und zwei Enthaltungen, ab.

Bürgermeister Dr. Eger stellt nun folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Flüchtlingsbetreuung maximal 1 Vollzeitstelle zur sozialen Betreuung auszuschreiben. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2016 bereitzustellen und die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeister Dr. Eger stellt nun folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Flüchtlingsbetreuung maximal 1 Vollzeitstelle für einen Hausmeister auszuschreiben. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2016 bereitzustellen und die Stelle in den Stellenplan aufzunehmen.

Der Gemeinderat stimmt diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

Bürgermeister Dr. Eger stellt nun einen weiteren Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Zur sozialen Betreuung der Flüchtlinge wird eine weitere Vollzeitstelle in den Stellenplan aufgenommen. Eine Stelle soll direkt besetzt werden (wie vorher beschlossen), die weitere Stelle soll erst bei Bedarf ausgeschrieben werden. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2016 bereitzustellen und die Stellen in den Stellenplan aufzunehmen.

Diesem Beschlussvorschlag stimmt der Gemeinderat mit 22 Ja-Stimmen und einer Enthaltung zu.

Eine Entscheidung über die Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes kann in der heutigen Sitzung nicht erfolgen, da dies nicht auf der Tagesordnung des Gemeinderates stand. Der Antrag wird in einer der folgenden Sitzungen behandelt werden.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö

Tagesordnungspunkt: 12

Unterhaltung der Feld- und Wirtschaftswege 2015

- 783. –

Hier: Auftragsvergabe

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Feld- und Wirtschaftswegeunterhaltung 2015 mit einer vorläufigen Gesamtauftragssumme von 165.914,88 € an die Firma Reimold aus Gemmingen zu vergeben

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 13
Erschließung Hauptstr. 59, Verkehrsanlage hier: Auftragsvergabe	- 656.108 –

Ausführungen und Beschluss:

Bauamtsleiter Werner Kleiber hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Theo Vetter signalisiert grundsätzlich Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Für die anwesenden Bürger erklärt er, dass es sich bei dem zu beschließenden Projekt um den neuen Weg zum Kindergarten handelt.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, den Auftrag zur Herstellung der Verkehrsanlage im Bereich Hauptstraße 59 an die Firma Schön & Sohn aus Speyer zu der vorläufigen Auftragssumme von 194.023,90 € zu vergeben.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 14
Neubau einer Mensa an der Parkringschule Auftragsvergabe	- 207.74 -

Ausführungen und Beschluss:

Ortsbaumeister Peter Dietz hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderätin Anneliese Runde freut sich, dass das Großprojekt Mensa nun auf den Weg gebracht wird und viele Anregungen aus dem Gemeinderat in die Planungen eingearbeitet werden konnten. Sie bedankt sich bei Herrn Dietz und Herrn Kleiber sowie deren Mitarbeiterinnen im Bauamt für die geleistete Arbeit.

Gemeinderat Michael Herling fragt, ob die Firma Alustar (Verglasung-/Sonnenschutzarbeiten) der Gemeinde bekannt ist.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass die Gemeinde schon seit mehreren Jahren mit dieser Firma zusammenarbeitet und bisher gute Erfahrungen gemacht wurden.

Gemeinderat Achim Schell signalisiert Zustimmung. Er ist verwundert, dass keine Firmen aus St. Leon-Rot einen Zuschlag erhalten konnten.

Ortsbaumeister Peter Dietz erklärt, dass alle Gewerke, außer die Gerüstbauarbeiten, öffentlich ausgeschrieben waren. Die Verwaltung hat daher keinen Einfluss auf die abgegebenen Angebote.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, folgenden Firmen die Aufträge für den Neubau einer Mensa an der Parkringschule zu erteilen:

1. Rohbauarbeiten	Fa. A. Altenbach, Heidelberg	704.038,72 €
2. Gerüstbauarbeiten	Fa. MD Diehlmann, Eppingen	22.049,45 €
3. Zimmererarbeiten	Fa. BHZ, Malsch	80.740,79 €
4. Dachabdichtung/Klempner	Fa. Koch GmbH, Wirges	213.973,80 €
5. Verglasung/Sonnenschutz	Fa. Alustar, Grabfeld	242.001,39 €

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 15
Zuschussanträge nach Vereinsförderrichtlinien	
- DRK St. Leon – HvO-Fahrzeug –	
- Kleintierzuchtverein St. Leon e.V. – Sanierung Schafgehege-	543.12./552.16

Ausführungen und Beschluss:

Frau Elke Ott hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Gemeinderat Tobias Rehorst erklärt, dass beide Anträge im Rahmen der Vereinsförderrichtlinien förderfähig sind. Die Helfer-vor-Ort-Gruppe des DRK St. Leon hält er für einen Mehrwert für die Gemeinde und bedankt sich für den großen ehrenamtlichen Einsatz. Aufgrund der Dringlichkeit würde er auch einer außerplanmäßigen Förderung im laufenden Jahr zustimmen. Er bittet die Verwaltung, künftig die von den Vereinen eingereichten Angebote beizufügen.

Gemeinderat Rudi Heger bedankt sich bei der Helfer-vor-Ort-Gruppe für den wichtigen Einsatz für die Bürger der Gemeinde. Er schlägt vor, das Einsatzfahrzeug als Ausnahme von den Vereinsförderrichtlinien mit 50 % der Investitionskosten zu fördern, da es sich um einen wichtigen Dienst für die Allgemeinheit handelt.

Gemeinderat Roman Heger signalisiert Zustimmung zu beiden Anträgen. Einer höheren Förderung für das Einsatzfahrzeug des DRK St. Leon kann er ebenfalls zustimmen.

Gemeinderätin Marina Krenzke signalisiert ebenso Zustimmung zu den Zuschüssen. Auch sie ist der Meinung, dass dem DRK St. Leon ein 50 % Investitionszuschuss gewährt werden sollte.

Gemeinderat Manuel Thome schließt sich den Ausführungen seiner Vorredner an.

Gemeinderat Tobias Rehorst bittet darum, formal eine evtl. höhere Förderung des Einsatzfahrzeuges nicht über die Vereinsförderrichtlinien zu finanzieren, um Präzedenzfälle zu vermeiden.

Bürgermeister Dr. Eger erklärt, dass die für solche Fälle vorhandene Förderstiftung für die Vereine wegen der aktuell geringen Zinseinnahmen nicht die Möglichkeit hat, eine Förderung in einer solchen Höhe zu finanzieren. Daher kann die Förderung nur über den Gemeindehaushalt abgewickelt werden.

Gemeinderat Siegfried Köck möchte die Regelung der Vereinsförderrichtlinien nicht aufweichen und bittet daher, die höhere Förderung über eine andere Haushaltsstelle abzuwickeln.

Gemeinderat Michael Herling erinnert an den Antrag für die Belüftungsanlage des Anglersees, bei dem der Gemeinderat keine Probleme hatte, diese mit 100 % zu fördern. Er sieht bei einer Förderung von 50 % der Investitionskosten wegen der wichtigen Arbeit die die Helfer-vor-Ort leisten keine Probleme.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

- 1. Die DRK Ortsgruppe St. Leon wird bei der Anschaffung eines neuen Einsatzfahrzeuges für die HvO-Gruppe mit einem Gesamtaufwand von 34.000,- € mit einem Zuschuss von 50 %, maximal 17.000,- €, unterstützt.**
- 2. Der Kleintierzuchtverein St. Leon wird bei der Erneuerung der Zäune des Schaf- und des Ziegengeheges mit einem Gesamtaufwand von 8.113,41 € mit einem Zuschuss von 33 %, maximal 2.677,43 €, unterstützt.**

Die Mittel sind im Haushaltsplan 2016 zu veranschlagen und nach Vorlage der Rechnungen auszubahlen.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 16
Genehmigung von Spenden für Gemeindeeinrichtungen	-960.41 -

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger hält Sachvortrag entsprechend der Sitzungsvorlage.

Der Gemeinderat fasst folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Annahme der Spende laut nachfolgender Aufstellung und gibt die Verwendung für die genannten Zwecke frei:

Datum	Spender	Betrag	Empfänger	Verwendungszweck
19.08.2015	Bausparkasse Wüstenrot Herr Köhler	333,00 €	Gemeinde St. Leon-Rot	Roter Ortsvereine

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 17
Verschiedenes	-022.3

Ausführungen und Beschluss:

Bürgermeister Dr. Eger informiert die Öffentlichkeit über die Informationsveranstaltung der SLR Giesserei St. Leon-Rot GmbH am 05.10.2015 um 19.30 Uhr in der Giesserei. Die Giesserei beabsichtigt, einen Antrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zu stellen und eine Betriebszeitenerweiterung zu beantragen.

Sitzung am: Dienstag, 29. September 2015 Nr. 9 Ö	Tagesordnungspunkt: 18
Wünsche und Anfragen	- 022.3 -

Ausführungen und Beschluss:

Gemeinderat Adolf Geider möchte wissen, warum die Tempo-30-Zone in Rot in der Hauptstraße nicht bis zum Gasthaus „Zum Engel“, sondern nur bis zum Gasthaus „Zur Sonne“ ausgeschildert ist. Er wünscht sich im gesamten Ortzentrum eine Beschränkung auf 30-km.

Gemeinderat Roman Heger stellt für die Fraktion Union-Alternative für St. Leon-Rot den Antrag auf Sanierung des Wachstationsgebäudes in der Erholungsanlage St. Leoner See. Der Antrag ist dem Protokoll beigelegt.

Gemeinderat Norbert Knopf stellt für die Grünen den Antrag, dass sich die Gemeinde als Fair-Trade-Gemeinde bewerben soll. Dies wäre ein Beitrag der Gemeinde dazu, gerechte Arbeitsbedingungen in der Welt zu schaffen.

Gemeinderätin Birgit Klemenz bittet die Verwaltung zu überprüfen, ob die Querung der Landesstraße L 628 bei der Zufahrt zum Tennisclub Rot für Fahrradfahrer und Fußgänger evtl. durch Anbringung von Beschilderungen sicherer gemacht werden könnte.

Gemeinderat Theo Vetter stellt den Antrag für die Fraktion der Freien Wähler, die Tullastraße zukünftig als Mischverkehrsfläche auszuweisen. Er bittet, dies in die Maßnahmen zur Umgestaltung der Hauptstraße mit aufzunehmen.